

Rechtspopulismus als Herausforderung¹

von Dietfrid Krause-Vilmar

Der Rechtspopulismus im Auf und Ab politischer Wahlerfolge

Seit einigen Jahren haben wir es in Europa – von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. England, Spanien) – mit einem politisch neuen Phänomen zu tun: eine gegenüber dem herrschenden politischen Konsens sich kontinuierlich ausbreitende rechtspopulistische oppositionelle Bewegung, die sich überraschend großer Wahlerfolge erfreut und bei traditionellen Parteien, besonders der Sozialdemokratie, zu nicht gekannten Einbrüchen, z.T. regelrechten Halbierungen geführt hat. Auffallend ist auch, dass in Zeiten rechtspopulistischer Hochkonjunktur rechtsextremistische Parteien keine großen Wahlerfolge zu verzeichnen haben und umgekehrt bei rechtsextremistischen Wahlerfolgen der Stimmenanteil für die Rechtspopulisten sinkt. Offenbar schöpfen beide Gruppierungen aus einem zumindest zum Teil identischen Reservoir.

Man hat sich verständigt, dieses in sich durchaus heterogene, plötzlich aufflammende und ebenso plötzlich wieder abklingende Phänomen „Rechtspopulismus“ zu nennen, zum einen der populistischen Stimmungsmache wegen, die seine Vertreter auszeichnet, zum andern wegen der ideologischen Nähe zum traditionell „rechten“ Spektrum politischen Denkens.²

Im Jahre 2002 war in Europa ein erster Höhepunkt rechtspopulistischer Akzeptanz erreicht, der zu folgender Alarmmeldung in der Süddeutschen Zeitung führte:

„Die Liste Schill in Hamburg erreichte auf Anhieb 19,4% der Wählerstimmen, die FPÖ Haiders wurde mit 26,9% stärkste Partei im Land und regiert bereits mit; ebenfalls regieren das Dreigestirn Berlusconi, Bossi und Fini in Italien. Pia Kjaersgaard erreichte in Dänemark 12% und übernimmt jetzt die Europaratführung; Le Pen erzielte bei den letzten Wahlen 17%, Andrzej Lepper hat in Polen großen Zulauf; Christoph Blocher gewann in der Schweiz 21,1%, Carl Ivar Hagen in Norwegen 14,7%. Filip Dewinters Vlaams Block 9,9%, Paulo Portas 8,8% in Portugal und die Liste Pim Fortuyn nach dessen Ermordung in den Niederlanden 17%, - dies alles in den letzten Jahren.³ Bei den Wahlen in den Niederlanden ist der Einbruch eklatant gewesen: die LPF wurde zweitstärkste Fraktion und die sozialdemokratisch PvdA wurde von 45 auf 23 Parlamentssitze halbiert.“⁴

Angesichts dieses in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland neuen, wenngleich historisch keineswegs unbekanntes (z.B. die Narodniki in Russland, der Peronismus in Argenti-

¹ Wichtige Anregungen und Hinweise zu diesem Thema verdanke ich meinem Kollegen Prof. Dr. Eike Hennig (Universität Kassel).

² Es gibt freilich auch einen Linkspopulismus. Z.B. ließe dieser sich bei Oskar Lafontaine oder bei Gregor Gysi nachweisen. Ebenso lässt sich ein rechtsliberaler Populismus bei dem damaligen FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann studieren. Beide erreichten jedoch bislang (z.B. bei Wahlen) bei weitem nicht den rechtspopulistischen Wirkungsgrad; diese Strömungen können deshalb hier vernachlässigt werden. Bemerkenswert sind die Kriterien für den Vergleichsaspekt zwischen extremen Populismen in: Florian Hartleb: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS. Wiesbaden 2004, S. 49-108.

³ Die Zeit begründete seit Ende Juni 2002 eine Serie zum Populismus (www.zeit.de/2002/populismus): Nr. 26 vom 20. Juni 2002 bis Nr. 37 vom 5. 9. 2002; abschließend Nr. 41.

⁴ „Die Stunde des Zauberlehrlings“. Süddeutsche Zeitung Nr. 113 vom 17. 5. 2002.

nien) Phänomens kam es in der Publizistik des Jahres 2002 zu einer Diskussion des Rechtspopulismus, die an Aktualität meines Erachtens bis heute nichts eingebüßt hat. Diese soll im folgenden knapp skizziert werden. Soweit ich sehe, hat es eine Fortsetzung dieser Diskussion später nicht mehr gegeben.

Sie erscheint auch deshalb bemerkenswert, weil sie sich nicht durch die Konjunkturen des Auf und Ab rechtspopulistischer Wahlerfolge blenden und steuern ließ. Es ging vielmehr um *grundlegende Bedingungen und Voraussetzungen* der Entstehung und Verbreitung dieses Phänomens. Es reiche nicht aus, den jeweils aktuell besonders sichtbaren Auswirkungen rechtspopulistischer Haltungen entgegenzutreten oder sie zu bekämpfen. Vielmehr gelte es, die konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen und Bedingungen, die zu den rechtspopulistischen Erfolgen führen, ins Auge zu fassen und sie deutlich beim Namen zu nennen. Die Tatsache, dass der Rechtspopulismus die aufsteigende Erfolgslinie seit 2002 nicht mehr fortgesetzt hat und in einigen Staaten sogar heftige Rückschläge hinnehmen musste, bedeutet im Horizont dieser Diskussion nicht, dass er sich ein für allemal auf dem absteigenden Ast befindet. Demnach ist zu folgern, dass eine Klärung des Phänomens gegenwärtig und künftig auf der Tagesordnung bleibt. Eine solche Klärung gilt es auch der historisch-politischen Bildung nutzbar zu machen.

Was sind die Themen und die Positionen, mit denen der Rechtspopulismus auftritt? Es lassen sich drei Themenbereiche klar bezeichnen: einmal die Probleme multiethnischer Gesellschaften, zweitens die Folgen der Globalisierungsproblematik und drittens verantwortungsloses und/oder skandalöses Verhalten einiger führender demokratischer Politiker. Schäfer/ Mansel/ Heitmeyer ordnen dem Rechtspopulismus zusätzlich „Law and Order“- Forderungen und einen „sekundären Antisemitismus“ zu.⁵ Nicht zu übersehen ist in diesem Denken auch die Klage der Rechtspopulisten über den Werteverlust.⁶

Um die Argumentationstopoi nur knapp in Erinnerung zu rufen: gegenüber multikulturellen Ansätzen wird behauptet, die ausländischen Ethnien, besonders die Türken (in den Niederlanden die Marokkaner, in Frankreich die Algerier), seien selbst nicht integrationsbereit; überhaupt befänden sich schon zu viele Ausländer im Land und deren Kriminalitätsrate sei zu hoch, wodurch die innere Sicherheit gefährdet sei. Außerdem lebten viele von ihnen von einer unangemessen hohen Sozialhilfe bzw. von Arbeitslosengeld. Diese Vorurteilsstruktur findet

⁵ Dagmar Schäfer/ Jürgen Mansel/ Wilhelm Heitmeyer: Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem. In: Deutsche Zustände. Folge 1. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer. Frankfurt am Main 2002, S. 124 f.

⁶ Frank Decker: Der neue Rechtspopulismus. 2. überarbeitete Auflage. Opladen 2004, S. 21-37 („Begriff und Ideologie des rechten Populismus“). Decker referiert auch den internationalen Forschungsstand zum Begriff des Rechtspopulismus.

sich übrigens nicht nur an „Stammtischen“ älterer Herren, sondern auch in Betrieben und Unternehmen auf Seiten der jüngeren Arbeitnehmer.⁷

Gegenüber der Globalisierung werden der Euro und die EU-Erweiterung, besonders nach Südosten und Osten - hier taucht auch die Fremdenabwehr als Motiv auf - sowie die Wirtschafts- und Politikmacht der großen international verflochtenen Konzerne kritisiert.

Hinsichtlich des dritten Punktes, der Verantwortungslosigkeit und Skandale seitens einiger führender Politiker, enthüllen Zeitungen und Gerichte in den letzten Jahren zahlreiche private Vorteilsannahmen, ungeklärte Nebeneinkünfte, dubiose Parteifinanzierung und materielle Abhängigkeit von Konzernen. Diese Meldungen überlagern sich bereits so sehr, dass z.B. die Stichworte CDU-Parteispendenskandal, Saudi-Arabische Panzerlieferung, Leuna-Affäre und Kölner Klüngel fast schon historisch erscheinen.⁸

An diesen Kritikpunkten wird etwas für den Rechtspopulismus Typisches deutlich, das ihn vom Rechtsextremismus unterscheidet: der Rechtspopulismus verfügt nicht über ein eigenes Staats- und Gesellschaftskonzept, sondern er kritisiert, freilich ideologisch in der Nähe rechtsradikalen Denkens, bestimmte Erscheinungen des demokratischen Systems und mobilisiert in diesen Fragen Stimmungen. Vergewärtigen wir uns demgegenüber den Kern des Rechtsextremismus, so werden die Unterschiede zum Rechtspopulismus deutlich.

Hajo Funke hat den Rechtsextremismus sozialwissenschaftlich definiert als eine „gesellschaftsgestaltende Konzeption, die sich gegen liberale, freiheitlich-rechtsstaatliche Traditionen richtet. In ihrem Mittelpunkt steht ein völkisch fundierter, oft rassistisch zugespitzter ethnozentrischer Nationalismus als oberstes Wert- und Ordnungsprinzip, dem konsequenterweise alle anderen Werte und Ziele (und d.h. auch die Freiheits- und Menschenrechte) untergeordnet sind. Die universalen Menschenrechte (Freiheit, Gleichheit, Menschenwürde) werden missachtet, abgewertet oder abgelehnt; zu ihnen zählen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit und Freizügigkeit sowie das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Der Rechtsextremismus richtet sich gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme, die auf der Volkssouveränität und dem Mehrheitsprinzip beruhen. Das gesellschaftliche Leitbild des Rechtsextremismus ist die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende *Volksgemeinschaft*, deren Einheit sich zumeist in einer völkisch-

⁷ Stammtisch-Sprüche und vergiftetes Klima. Am Arbeitsplatz zeigen sich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus selten offen – unterschwellig finden sie sich jedoch fast überall. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 178 vom 3./4.8.2002.

⁸ Thomas Kleine-Brockhoff, / Bruno Schirra: Das System Leuna. Wie Politiker gekauft werden und warum die Justiz wegschaut. Reinbek b. Hamburg 2001.

ethnozentrierten Ideologie und vielfach auch in einer Person (dem „Führer“), immer in einer autoritär/hierarchischen Bewegung/ Partei äußert.“⁹

Der Rechtspopulismus greift wirkliche Probleme auf

In einer neueren Untersuchung des europäischen Rechtspopulismus wird zu Recht darauf hingewiesen, dass „die prekären Beschäftigungsverhältnisse, unzureichende Ausbildungsangebote, schlechte Wohnverhältnisse und ein unzureichendes Angebot sozial-kultureller Dienstleistungen in den Blick genommen werden müssen. Eine wichtige Schlussfolgerung lautet daher: Diejenigen, die Rassismus und Rechtsextremismus verurteilen und zurückdrängen wollen, müssen mit der gleichen Schärfe die gesellschaftlichen Bedingungen attackieren, die den Rassismus und rechtspopulistische Mentalitäten fördern oder verursachen.“¹⁰

Wie nun mit diesen gesellschaftlichen Problemen umgegangen wird, entscheidet sich im Feld der Politik, in den Parlamenten und Regierungen, bei den politischen Parteien. Die Diskussion im Jahre 2002 thematisierte in unmissverständlicher Klarheit gerade diese Seite des Problems. Es ist bei vielen Menschen der Eindruck entstanden, dass sich die politische Klasse mit diesen schwierigen Themen, die der Rechtsextremismus aufgreift, nicht mehr glaubwürdig und vorurteilsfrei auseinandersetzt. Die bestehenden Regierungen und politischen Parteien wirken angesichts dieser Probleme offenbar nicht überzeugend. Dirk Schümer hat dieses Problem der Tabuierung von Problemen in der gebotenen Deutlichkeit formuliert:

„Europas Establishments haben sich eben darauf geeinigt, bestimmte Konflikte zu Tabus zu erklären und ihnen im politischen Diskurs keinen Zentimeter Raum zuzuerkennen. Dazu gehört die Frage auch der Einwanderung, die politisch und vor allem wirtschaftlich in höchstem Grade erwünscht sein mag, aber bei zahlreichen Menschen zu sehr realen Alltagsproblemen wie Kriminalität, Diskriminierung oder einem Gefühl der Unsicherheit und Entwurzelung führt. [...] Seit dem Ende des Kommunismus ist es keiner demokratischen Partei gelungen, irgendwelche Lösungen wie Einwanderungsregeln, die auch eingehalten werden, oder ein klares Konzept zur Verbrechensbekämpfung zu präsentieren und dadurch den Aufmarsch der Ungebetenen zu bremsen. Der andere Schwarze Peter der Populisten heißt ‚Europa‘. [...] Auch hier hat – im Gefühl, auf der sicheren Seite zu stehen – keine etablierte Partei etwas gegen diese Unverträglichkeit unternommen, indem etwa die schwerfällige bis marode Bürokratie der Union modernisiert, die irrwitzige Agrarsubvention abgebaut oder der mächtige Apparat auch nur im Ansatz demokratisch legitimiert worden wäre. [...]

Und doch gibt es keine demokratische Partei auf dem Kontinent, die an die Tabus rühren würde und die negativen Folgen der Zuwanderung bekämpfte oder die Schattenseiten von Europa durch demokratische Überprüfung

⁹ Hajo Funke: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin 2001, S. 11 f.

¹⁰ Joachim Bischoff/ Klaus Dörre/ Elisabeth Gauthier: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien. Hamburg 2002, S. 8.

auflichtete. Und so haben die vereinten Sozial-, Christ- und Liberaldemokraten die beiden wichtigsten Zukunftsfragen obskuren Demagogen, Amateuren und Bauernfängern in die Hand gegeben.“¹¹

Ähnlich der niederländische Journalist Paul Scheffer am Beispiel der Grenzen zwischen den europäischen Staaten:

„Es geht um das Problem, wie wir eine offene Gesellschaft in einer zunehmend grenzenlosen Welt gestalten können. Auf den ersten Blick scheint dies eine merkwürdige Frage zu sein: Wird die Gesellschaft denn nicht immer offener, je weniger Grenzen es gibt, je freier sich jeder Einzelne bewegen kann? Bei genauerem Hinsehen jedoch ist das Ganze sehr widersprüchlich, und die Forderung, die Grenzen dicht zu machen, ist ein Hinweis darauf. Dies sind Parolen, die in die Sackgasse führen und niemals zum Leitfaden dafür werden können, wie man mit Migranten und Flüchtlingen umgehen soll. Wohl aber machen sie sichtbar, dass Grenzen auch die unverzichtbare Funktion von Stoßdämpfern haben, die die Verarbeitung des Fremden erst ermöglichen. Eine offene Gesellschaft möchte die demokratischen Umgangsformen fördern. Wer nun ohne jede nähere Erläuterung behauptet, wir müssten der ganzen Welt gegenüber offen stehen, der vergisst zu erwähnen, dass wir dann auch extreme Armut, religiösen Fanatismus und ethnische Kriege innerhalb unserer Grenzen willkommen heißen. Dazu gehören zum Beispiel auch jene Imame, die Hass auf unsere Gesellschaft predigen, an der teilzuhaben man eigentlich von ihnen erwartet. Die Verschiedenheit, die häufig beschönigend als ‚kulturelle Bereicherung‘ bezeichnet wird, umfasst auch die Schrecken, vor denen wir uns so gerne schützen wollen. Verschiedenheit ist kein Wert an sich, während Demokratie das sehr wohl ist.“¹²

Es ist z.B. eine Zumutung, und zwar für alle Beteiligte – die Migranten, die lokale Politik, die Nachbarn und die Bevölkerung –, dass die Regierung es an vielen Orten zugelassen hat, ausländische Ethnien in großer Zahl, zum Teil in Gemeindegröße, an einem Ort zusammenzuballen, ohne die entsprechenden vorbereitenden, begleitenden und nachbereitenden Maßnahmen einer Integration ins Auge zu fassen und zu veranlassen. Dies führte z.B. in Ingolstadt dazu, wo 15.000 Aussiedler aus Kasachstan sich niederließen, dass ernsthafte Integration wie Sprachunterricht u. ä. erstmalig für die – nicht wenigen straffällig gewordenen – jugendlichen *Inhaftierten* mithin erst in den Justizvollzugsanstalten stattfindet.¹³

Rechtspopulistische Agitation greift auch die soziale Ungleichheit auf, die unsere Gesellschaft kennzeichnet. Dass Reiche offenbar immer reicher werden, über 5 Million Menschen amtlich als Arbeitslose geführt werden, womit die Ungleichheit der Lebenschancen fest eingerichtet ist, sieht jeder. Aber wo sind Ansätze zu sehen, die darauf hindeuten, dass an der Beseitigung dieser Ungleichheit und Ungerechtigkeit von Seiten der etablierten Parteien und Regierungen ernsthaft gearbeitet wird?

¹¹ Dirk Schümer: Rechtspopulismus ist der neue Trend in Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 114 vom 18. 5. 2002, S. 45.

¹² Paul Scheffer: Das Scheitern eines Traumes. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion. [...] In: Die Zeit Nr. 29 vom 11. 7. 2002.

¹³ Dorette Deutsch: Nicht willkommen im Paradies. Sie sind überfordert und fühlen sich allein gelassen. Warum viele russlanddeutsche Jugendliche straffällig wurden. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 46 vom 23./24. 2. 2002.

Schließlich der drohende Legitimationsverlust des demokratischen Rechtsstaates, der durch das skandalöse Verhalten einzelner Angehöriger der politischen Klasse sich in Serie ereignet. Die nicht abreißende Kette der Skandale der illegalen Geldbeschaffung politischer Parteien, das Wirtschaften in die eigenen Taschen, das Fehlen ernsthafter Verantwortlichkeiten, die schwache Rolle der Justiz; die offenbare Wirkungslosigkeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse; die Selbstgefälligkeit und das fehlende Unrechtsbewusstsein der Betroffenen; da häufen die Regierenden und Parteien Kritik und Anklagepunkt gegen sich auf, deren der Rechtspopulismus sich leicht bedienen kann.

Unmissverständlich hat Ekkehart Krippendorf die Konsequenzen solcher Haltungen benannt:

Denn „die politische Klasse ‚sollte‘ sich in der Tat anders verhalten, ‚müsste‘ höhere Ansprüche von Pflicht und Dienen an sich stellen, als vom ‚kleinen Mann‘ erwartet werden kann. Das politische Amt verlangt von denen, die ‚Politik als Beruf‘ gewählt haben, nicht nur die schweren Tugenden der Uneigennützigkeit und der persönlichen Bescheidenheit, sondern es verpflichtet auch zur ständigen Bildung, Information und Aufklärung des Auftraggebers, des Volkes, zur Offenlegung der großen Probleme des Gemeinwesens mit allen Grenzen, Risiken und Möglichkeiten politischen Handelns – und zwar in Permanenz und unabhängig von Wahlterminen perspektivisch über die kurzen vierjährigen Legislaturperioden hinaus.

Dass hingegen weder jene Tugenden noch die für das Gelingen der Demokratie, für die informierte Teilhabe an der politischen Meinungsbildung fundamentale Bildungsaufgabe als Qualifikationskriterien politischer Führung überhaupt eine Rolle spielen und die Durchschnittlichkeit der Repräsentanten auch noch gerechtfertigt wird mit dem beschämenden Argument, diese könnten schließlich auch nicht besser sein, als das Volk selbst, zeigt den fortschreitenden Grad der kollektiven Erkrankung des Politischen an.“¹⁴

Nachlassendes politisches Engagement Jugendlicher

Neuere Studien haben ein nachlassendes politisches Interesse und Engagement Jugendlicher in Deutschland ermittelt, die offensichtlich auf den beschriebenen Legitimationsverlust von Politikern und Parteien zurückzuführen ist. Die letzte (14.) Shell Jugendstudie hat ergeben, dass sich nur 30% der Befragten als politisch interessiert bezeichnet haben. Gerade einmal 35% würden „ganz sicherlich“ an Wahlen teilnehmen. Klaus Hurrelmann, der federführend für die Shell Jugendstudie verantwortlich war, resümiert: „Aber diese Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und vor allem diese äußerst große Distanz den Parteien gegenüber und auch der Arbeit des Parlaments – das ist die schlechte Nachricht. Da scheint eine Einstellung durch: Die da oben machen sowieso, was sie wollen, wir können sie gar nicht beeinflussen.“¹⁵

¹⁴ Ekkehart Krippendorf, Wie war ich? War ich gut? In: FR Nr. 167 vom 21. Juli 2001.

¹⁵ J. Käppner/ Christiane Wirtz: Meine Suppe eß' ich doch. Die neue Shell Jugendstudie [...] In: Süddeutsche Zeitung Nr. 191 vom 20. 8. 2002. – Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Hamburg 2002, S. 214: „Die Shell Jugendstudie bietet Hinweise auf eine Politikverdrossenheit in der Jugend, die sich bei näherem Hinsehen allerdings als Parteienverdrossenheit erweist.“

Auch das internationale *Civic Education Project*, an dem 28 Staaten beteiligt sind, - seit 1996 wird die deutsche Erhebung vom Berliner Max-Planck-Institut durchgeführt – hat als Zwischenergebnis für deutsche Schülerinnen und Schüler im Bereich des politischen Interesses und der politischen Handlungsbereitschaft in Schule und Gesellschaft im Vergleich selbst mit anderen reichen Industriestaaten denkbar schlechte Ergebnisse nachgewiesen.¹⁶

Der unmittelbare Schluss ist nicht von der Hand zu weisen: Wir haben es weniger mit einer allgemeinen „Politikverdrossenheit“ auf Seiten der Jugendlichen zu tun; eher scheint es so, dass angesichts der erwähnten Skandale und Attitüden einiger führender Politiker das Vertrauen in die verantwortliche und pflichtgemäße, der Allgemeinheit gegenüber rechenschaftspflichtige Praxis demokratischer Politik schwindet

Was tun?

Irrwege und Fehler lassen sich im allgemeinen leichter angeben als Lösungen, die tragbar und umsetzbar sind. Dies gilt auch für den Umgang mit dem Rechtspopulismus.

Wichtig scheint mir, dass rechtspopulistische Politik nicht totgeschwiegen oder von vornherein, ohne nähere Prüfung, mit Macht ausgegrenzt wird. Solche „disziplinierenden“ Bemühungen führen in letzter Konsequenz eher zur Stärkung rechtspopulistischer Politik, die sich unter diesen Umständen leicht als Opfer des „herrschenden Kartells“ stilisieren kann. Ebenso ungeeignet scheint mir eine pauschale Etikettierung dieses Phänomens als Rassismus, Faschismus o. ä. zu sein. Dieser Vorwurf trifft den Kern rechtspopulistischer Haltungen nicht, stellt eine Dämonisierung und Verteufelung dar, und kann leicht zu ähnlichen eher bestärkenden Reaktionen führen wie die Politik des Totschweigens oder Ausgrenzens.

Auch sind größere Anstrengungen erforderlich, als gelegentlich gut gemeinte Papiere unter Volk zu streuen. Die Bundesregierung hat z. B. (August 2002) allen Tageszeitungen ein Faltblatt unter dem Titel „Im deutschen Interesse“ beigelegt, das so eingeleitet wird:

„Wohlstand und Arbeit in Deutschland sind an die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gebunden. - Für erstklassige Produkte, innovative Technologien und hoch entwickelte Forschung braucht man die besten Köpfe der Welt. Viele davon haben wir im eigenen Land. Aber wir brauchen auch Spezialisten aus anderen Teilen der Welt. - Spezialisten aus dem Ausland nehmen keinem die Arbeit weg. Sie schaffen vielmehr neue Stellen: Durch jeden Green-Card Zuwanderer sind in Deutschland durchschnittlich zwei bis drei neue Arbeitsplätze für inländische Arbeitsuchende entstanden.“¹⁷

Zum einen reicht ein solches anonymes Faltblatt unter dem Aspekt der politischen Bildung nicht aus, wirkt eher wie ein schwacher Versuch, eine Position zu dokumentieren. Zum an-

¹⁶ Detlef Oestreich: Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 50/ 2001 vom 7. 12. 2001.

¹⁷ „Im deutschen Interesse“. Faltblatt der Bundesregierung, das im August 2002 allen Tageszeitungen beilag.

dern bleibt es auf einer abgehobenen „allgemeinen“ Ebene, die weit „oberhalb“ der Erfahrungswelt vor Ort angesetzt ist. Und drittens argumentiert die Bundesregierung hier vorwiegend „nationalökonomisch“, d.h. vom „Wirtschaftsstandort Deutschland“ aus. Die Probleme der Integration von Ausländern liegen eher im gesellschaftlichen, insbesondere im kulturellen, nicht im wirtschaftlichen Bereich. Die wirklichen Integrationsprobleme tauchen auf lokaler Ebene, in den Stadtteilen und Gemeinden, auf. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass Bundes- und Landespolitiker sich diesen schwierigen Fragen auf der kommunalen Ebene nicht hinreichend deutlich stellen.

Der Begriff *Fremdenfeindlichkeit*, der eine gezielte Haltung voraussetzt, die vielfach so nicht anzutreffen ist, darf nicht mit dem Vorgang der *Fremdenangst* gleichgesetzt werden. Vorsicht und Unsicherheit scheinen mir bei der ersten Begegnung mit dem Fremden eine verständliche Haltung zu sein. Ein aufgeklärter und überzeugender Umgang mit Fremden, der zu einem offenen Vertrauensverhältnis führt, setzt Lern- und Bearbeitungsprozesse – auf beiden Seiten übrigens - voraus, in deren Verlauf die Ängste und Unsicherheiten gegenüber dem Anderen allmählich überwunden werden können. Das Fremde und die Fremden sind nicht von vorneherein die „Guten“. Insofern ist Vorsicht und Distanz als erste Haltung verständlich und gerechtfertigt. Der aufgeklärte und vertrauensvolle Umgang mit dem Fremden ist immer eine Beziehungsleistung, die der Begleitung und Unterstützung bedarf – auf beiden Seiten. So zu tun, als ob es diese Probleme nicht gäbe, erschwert und behindert wirkliche Integrationserfolge, weil die Probleme, die man anfangs nicht aufgreift, später unweigerlich zutage treten – und dann zieht man sich nicht selten enttäuscht und verbittert zurück, auch manchmal auf ausgrenzende und dann wirklich fremdenfeindliche Haltungen.

Was ist zu tun? Das erste, was notwendig ist, kann nur sein, die angesprochenen gesellschaftlichen und politischen Probleme als real anzuerkennen und überzeugend in Angriff zu nehmen. Das bedeutet auch, die selbst errichteten Tabuisierungen um die Schwierigkeiten und Probleme der Integration anderer Ethnien aufzuheben.

Indem wir die Probleme tabufrei benennen und in Angriff nehmen, können wir auf die fehlenden Perspektiven des Rechtspopulismus hinweisen und seine politische Breitenwirkung vermutlich zurückdrängen. Der Rechtspopulismus sagt nicht mehr als ‚Nein‘, Perspektiven zur Lösung von Problemen hat er nicht aufzuweisen. In diesem ‚Nein‘ erreicht er viel Zustimmung – verständlicherweise, weil die Enttäuschung, der Zorn und die Verbitterung gegenüber führenden Politikern und dem vorherrschenden politischen System weit verbreitet ist. Im übrigen verdeutlicht die Praxis des Rechtspopulismus dort, wo er an der Regierung ist (in Österreich, Italien und einigen südfranzösischen Städten), dass er keine überzeugenden Lö-

sungen aufzuweisen hat. Besonders am Beispiel der Kulturpolitik des Front National in den von ihm mitgerierten Städten wurde dies deutlich:

„Es geht nicht um Kunst, sondern um eine Weltanschauung. Diese hat sich seit der Gründung der Partei [Front National] im Oktober 1972 zu einem eigentlichen Programm entwickelt. Kern dieses Programms ist die Rettung der kulturellen Identität Frankreichs als ‚Frucht der einzigartigen Verschmelzung der römischen, germanischen und keltischen Tugenden‘ (Le Pen). Bedroht sei diese Identität einerseits durch Immigration, andererseits durch die Globalisierung. Die Denunzierung der Überfremdung Galliens ist das eigentliche Markenzeichen des FN.“¹⁸

Die Anmahnungen von Ekkehart Krippendorff und Dirk Schümer, die zitiert wurden, verweisen auf eine schlechte politische Praxis einzelner verantwortlicher Politiker. Insofern liegt hier, im persönlichen Verhalten der politischen Repräsentanten, die erste Bedingung für eine Zurückweisung rechtspopulistischer Kritik und Demagogie. Ein vorbildliches, an Recht und Moral, Gewissen und kritischer Selbstreflexion, auch an Bescheidenheit orientiertes Verhalten der Mandatsträger ist vermutlich die wirksamste Zurückweisung des Rechtspopulismus.

Darüber hinaus gibt es bedenkenswerte organisatorische Vorschläge, die die Bedingungen verbessern können. Erwin K. Scheuch und Ute Scheuch fordern Reformen des politischen Systems, unter anderem schlagen sie vor: den Einbau plebiszitärer Elemente, die Beschränkung des Parteien-Einflusses, die Stärkung der Unabhängigkeit der Abgeordneten und eine vielfältigere Zusammensetzung der Parlamente.¹⁹

Ein weiterer Aspekt ist der im Jahre 1993 von R. Stöss ermittelte Sachverhalt, dass mehr als die Hälfte des rechtspopulistischen Potenzials unter anderen Bedingungen die CDU/CSU und mehr als ein Viertel die Sozialdemokratie wählen würden.²⁰ Dies bedeutet, dass rechtspopulistische Wahlerfolge, die mit dem Loyalitätsverlust der großen Parteien zusammenfallen, zugleich Ausdruck eines tiefer liegenden Problems sind und von daher grundsätzliche Antworten seitens der politischen Parteien und seitens der politischen Bildung verlangen.

Von erziehungswissenschaftlicher Seite wird die weitere Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, zum Teil auf 14 Jahre vorgeschlagen. Der Bielefelder Pädagoge Klaus Hurrelmann äußerte zu den Ergebnissen der neuesten Shell Jugendstudie zum nachlassenden politischen Interesse Jugendlicher u.a.:

„Warum sollte man sich nicht ab 16 an Landtagswahlen beteiligen? Aber ich gehe noch einen Schritt weiter: Das Verständnis für politische Entscheidungen oder dafür, wie sich ein Parlament zusammensetzt, das ist auch schon bei 14-Jährigen eindeutig gegeben. Sodass ich auch dieses Alter für eine sinnvolle Altersgrenze für das Min-

¹⁸ Marc Zitzmann: Frankreich über alles. Die Weltanschauung des französischen Front national. In: Neue Zürcher Zeitung vom 23. April 2002.

¹⁹ Erwin Scheuch und Ute Scheuch: Die Spendenkrise – Parteien außer Kontrolle. Rororo aktuell. Reinbek b. Hamburg 2000, S. 248.

²⁰ Richard Stöss: Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (11/1993), S. 50-61; hier zitiert nach: Dagmar Schäfer/ Jürgen Mansel/ Wilhelm Heitmeyer: Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem. In: Deutsche Zustände. Folge 1. Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer. Frankfurt am Main 2002, S. 127 ff.

destwahlalter halte. Darunter gibt es ja interessante Diskussionen, ob die Wahlstimme eines Kindes an Vater oder Mutter delegiert werden kann.“²¹

Hartmut von Hentig hat im Rahmen der Diskussion der Ergebnisse der PISA-Studien u.a. folgende Akzentuierung der politischen Bildung hervorgehoben:

„Der erodierende Gemeinsinn, Steuerhinterziehung, Spendenskandale, der empörende Abstand von ganz reich und ganz arm, die mittellose Öffentliche Hand, der Ausverkauf der öffentlichen Aufgaben an private Dienstleister – das alles ist nicht unvermeidbar, kein hinzunehmender Nebeneffekt des Wettbewerbs. Wir brauchen politische, aufmerksame, am Schicksal ihrer Mitmenschen interessierte Bürger, nicht nur gut vermittelbare ‚Absolventen‘, interessenbewusste Arbeitnehmer und Arbeitgeber, treue Beamte, freudige Konsumenten, obligatorisch krankenversicherte, emsige Empfänger von Sozialleistungen.“²²

Weiterweisend erscheint auch der Vorschlag, den der an der George-Washington-Universität lehrende Sozialwissenschaftler Amitai Etzioni in einem mit einer internationalen Wissenschaftlergruppe gemeinsam erarbeiteten Positionspapier unter dem Titel „Eine Gesellschaft muss Vielfalt und Einheit zugleich leben“ vorgebracht hat. Das Konzept einer „Diversity within Unity“ markiert bezogen auf die Migrationprobleme eingangs folgende Eckpunkte:

„Wir müssen dabei zwei Ansätze vermeiden: die Befürwortung von Assimilierung und schrankenlosen Multikulturalismus. Assimilierung verlangt von Minoritäten konsequenterweise die Preisgabe ihrer Sitten, Kulturen, Werte, Lebensgewohnheiten und Verbindungen zu anderen Gesellschaften, um dadurch vollständig in der vorherrschenden Kultur aufzugehen. Das ist soziologisch schwer zu verwirklichen und ungeeignet zur Lösung der vorliegenden Probleme [...] Assimilierung ist moralisch nicht gerechtfertigt auf Grund unserer Respektierung einiger ethischer Unterschiede, z.B. welchen Gott wir anbeten.

Unbeschränkter Multikulturalismus führt andererseits zur Preisgabe des Konzepts gemeinsamer Werte, Loyalitäten und der kulturellen Identität, mit der Konsequenz, ethnische und religiöse Unterschiede zu privilegieren, was auf der (falschen) Annahme beruht, Nationen könnten durch eine Vielzahl unterschiedlicher Minoritäten ersetzt werden. Dieser Ansatz ist ebenso ungeeignet. Er ruft mit Sicherheit demokratiefeindliche Reaktionen hervor, von der Unterstützung extremistischer, rechtsgerichteter Parteien oder populistischer Intellektueller bis hin zu politischen Programmen, die sich gegen Minoritäten richten. Dieser Ansatz ist normativ nicht gerechtfertigt, weil er die Werte und Sitten nicht zur Kenntnis nimmt, die von der Gesellschaft als Ganzes befürwortet werden, wie z. B. jene, die die Rechte der Frauen und der Schwulen schützen.

Der von uns bevorzugte Ansatz ist Vielfalt in der Einheit. Er geht davon aus, dass alle Mitglieder einer bestehenden Gesellschaft jene Grundwerte und Sitten, die man als das grundlegende gemeinsame Rahmenwerk der Gesellschaft betrachtet, vollständig anerkennen. Gleichwohl bewahrt jede Gruppe der Gesellschaft die Freiheit, ihre besondere Subkultur aufrecht zu erhalten, also jene Grundsätze („policies“), Lebensgewohnheiten und Sitten, die nicht mit dem wesentlichen Kern der gemeinsamen Werte in Konflikt geraten, ferner ein beträchtliches Maß an Loyalität ihrem Herkunftsland gegenüber, solange sie nicht die Loyalität gegenüber der Gesellschaft, in der

²¹ „Das Wahlalter deutlich senken“. Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann über politische Konsequenzen aus der Studie. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 191 vom 20.8.2003, S. 9.

²² Hartmut von Hentig: Gegen das Trägheitsgesetz. Unangenehme Fragen zur Lernanstalt. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 109 vom 13. 5. 2002.

sie leben, übersteigt, wenn es zu einem Loyalitätskonflikt kommt. Achtung gegenüber dem Ganzen und Achtung gegenüber allen ist Grundsatz unserer Position.“²³

Es geht darum, den vielfältigen Bildungsbemühungen vor Ort, in den Schulen und außerschulischen Einrichtungen, in den Universitäten, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Institutionen wieder eine Perspektive zu geben, die ihre Bemühungen und ihre Arbeit aussichtsreich macht. Einen Orientierungsrahmen hierfür könnte das „Diversity within Unity“-Konzept bieten. Damit könnte man das Bild vom Sisyphos überwinden, dass sich nämlich Unzählige Tag um Tag um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Humanität vor Ort bemühen und immer wieder „von oben“, von politisch Verantwortlichen, desavouiert werden.

²³ Eine Gesellschaft muss Vielfalt und Einheit zugleich leben. In: Frankfurter Rundschau vom 27.2.2002.